in bitteren Worten soeben zum Ausdruck gebracht. Im Innern hat sich die Stellung Moskaus in der kürzlich erfolgten Konstituierung der russischen Sowjetrepubliken als Staatenbund dokumentiert, wobei in rücksichtsloser Weise mit der Schonung der nationalen Autonomie der einzelnen Sonderstaaten ein Ende gemacht worden ist, obwohl man mit großen Gesten früher deren Aufrechterhaltung als ein Gebot der Notwendigkeit hingestellt hatte. Nun kehrt man auch auf diesem Gebiet zu den Methoden der zaristischen Regierung zurück.

Ueber Polen läßt sich in Kürze sagen, daß es in das neue Jahr unter den schweren Zeichen der Parteizerrüttung hinübergetreten ist, die bei den Sejmwahlen so grell hervortrat und sich in der Ermordung des Präsidenten Narutowicz in furchtbarem Schlage entlud. Bezeichnend für die elektrische Spannung ist der Verlauf des Prozesses gegen den Mörder. Man weiß heute, daß die tödlichen Schüsse eigentlich Pilsudski gelten sollten und daß sie Narutowicz trafen, weil er mit den Stimmen der Deutschen, Juden und Ukrainern gewählt worden war. Ueber viel Unaufgeklärtes und Unausgesprochenes hinweg läßt das Gerichtsurteil den Vorhang fallen. Nur das steht heute fest, daß der Kampf in Polen nicht aufhören wird und die Programmrede des Ministerpräsidenten Sikorski, der Polen als Nationalstaat proklamierte und die Minderheiten heftig bedrohte, wenn sie „polnische Bürger auf Kündigung" bleiben würden, nicht wenig Gutes erwarten. Die Bromberger „Deutschen Nachrichten" haben im Zusammenhang mit der Ermordung von Narutowicz hervorgehoben, daß das ungemein starke Selbstbewußtsein, mit dem der Mörder seine Tat vor dem Gericht begründete, tief in einer Anschauung wurzelt, der heute Millionen Polen huldigen und die man als Verherrlichung der Gewalt bezeichnen kann: „Ich glaube an den Mord, als an eine Erhebung meines Volkes", und weiter: „Wenn ich auch physisch nicht mehr leben werde, so wird mein Geist doch weiter leben". So klang es als „Vermächtnis an das polnische Volk" durch seine letzte Rede. Wie soll bei solcher seelischer Einstellung der innere Friede in einem Reiche einkehren, das zu fast 40 Prozent von Nicht-Polen geduldet wird, wie soll Polen die von ihm in Anspruch genommene Aufgabe erfüllen, das Versöhnungsfeld zwischen den Völkern des Ostens und Westens zu sein?

In den beiden baltischen Randstaaten und in Litauen zeigt sich der nationale Chauvinismus immer noch aus. Wir brauchen nur an den Memelputsch zu erinnern und an die Vergewaltigung der in den litauischen Sejm gewählten Minoritätenvertreter, um das richtige Schlaglicht auf Litauen zu werfen. Lettland doktert nun schon seit zwei Monaten an einem neuen Kabinett herum und ist dank seiner Parteizerrissenheit bei den Versuchen, ein neues Kabinett zu erhalten, bis zu der Gefahr des Bürgerkrieges gekommen. Die Dinge hatten sich in der vorigen Woche so zugespitzt, daß das linke Zentrum mit den linken Sozialdemokraten ein Kabinett bilden wollte, ohne die parlamentarische Mehrheit zu haben, also eine Art Staatsstreich plante. Militärdeputationen legten das dem Staatspräsidenten sehr eindringlich nahe und der Versuch unterblieb. In letzter Stunde scheint ein Arbeitskabinett Paulut aus allen Parteien bis auf die rechten Gruppen und natürlich unter Ausschaltung der völkischen Minderheiten das Steuerruder in die Hand nehmen zu wollen. Einig sind alle Parteien in Lettland in einem ungesunden Nationalismus, der von dem alten russischen Polizeipatriotismus, der ein wirkliches Vaterlandsgefühl nicht aufkommen ließ, sich in nichts unterscheidet. Die Vergewaltigung der deutschen und jüdischen Studentenschaft an der Rigaer Hochschule, die Ausbootierung der Minderheitsvertreter aus den wichtigsten Parlamentskommissionen, die Forderung des Verbots deutscher Advokaten bei den lettischen Gerichten und die Verweigerung der Aufnahme von Minderheitsvertretern in die in Bildung begriffene lettländische Völkerbundsliga beweisen, wohin der Kurs noch immer geht. In Estland liegen die Verhältnisse vielleicht um einige Schattierungen günstiger, jedoch mehr tatsächlich als auf gesetzlicher Grundlage. Ueberall sehen die Deutschen und die übrigen Minderheiten, wie Juden und Russen, der Entwicklung der Dinge mit schweren Sorgen entgegen, und bedauern es aufrichtig, daß man ihnen eine Mitarbeit in den neuen jungen Staatswesen nicht zugestehen will, die doch wahrlich an geistigen Kräften nicht so reich sind, daß sie ohne diese Mitarbeit auskommen können. S—m.

Kleinrentner-Fürsorge im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 31. Jan. Abg. Dr. **Schreiber** (Zentr.) begründet einen **Antrag aller Parteien**, mit Ausnahme der Kommunisten, der **Einspruch erhebt gegen die Beeinträchtigung des Schulbetriebs im Ruhrgebiet** durch die Besatzungstruppen. Mit Entrüstung und Bedauern, heißt es in dem Antrag, nimmt der Reichstag davon Kenntnis, daß infolge der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebiets eine Schließung von Schulen und eine Beeinträchtigung des Schulbetriebs stattfindet. Mit Entschiedenheit wendet sich der Reichstag gegen jede Kürzung und Schädigung des Unterrichts, da sie eine schwere Einbuße an kulturellen und erzieherischen Werten bedeutet. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, gegen die Uebergriffe der Besatzungsbehörden scharfen Einspruch zu erheben. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzentwurfs über Kleinrentnerfürsorge.

Nach der Vorlage sind die Gemeinden verpflichtet, deutschen Kleinrentnern oder ihnen Gleichgestellten auf Antrag Fürsorge zu gewähren. Die Landesregierungen können die Fürsorge auf die Länder übernehmen. Der Kreis der Fürsorgeempfänger umfaßt bedürftige alte oder erwerbsunfähige Personen, die ohne die Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären. Die Fürsorge soll sich derjenigen für Sozialrentner anschließen.

Ein Regierungsvertreter erklärte, daß das Reich bereits 25 Milliarden für die Kleinrentner ausgegeben und jetzt weitere fünf Milliarden ausgeschüttet habe. Abg. Frau **Schröder** (Soz.) wünscht Ausdehnung der Fürsorge für diejenigen, die zwar nichts an Kapital besitzen, wohl aber in sozialer Stellung den Kleinrentnern gleichstehen. — Abgeordneter **Oberfohren** (Dn.) spricht seine Freude darüber aus, daß das Gesetz auf Drängen seiner Partei endlich zustandekomme, und beantragt, daß die Fürsorge sich nach Art und Umfang derjenigen für die Sozialrentner anzugleichen habe. In den Richtlinien müsse der Rückgriff auf das Vermögen bei Hausrat und anderen beweglichen Gegenständen ausgeschlossen werden. — Abg. Frau Dr. **Matz** (D. Vp.) hält eine Individualisierung der Fürsorge für notwendig. Kleinrentner und Sozialrentner ständen sich gleich. Beide seien durch die Kriegsfolgen aufs schwerste betroffen. Beide litten unter der Geldentwertung. Die ganze Vorlage sei ein außerordentlicher Fortschritt zur Erhaltung des deutschen Mittelstandes. — Abg. Dr. **Külz** (Dem.) stimmt dem Gesetz zu. Es verhindere eine ungeheure Katastrophe im Mittelstand.

Entsprechend einem gemeinsamen Antrag wird die Beteiligungsquote der Gemeinden an den Kosten auf 21 Prozent festgesetzt. **In dieser Form wird das Gesetz auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.**

In zweiter Lesung wird darauf noch das Jugendgerichtsgesetz erledigt. Das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen geht an den Steuerausschuß.

Das Haus vertagt sich darauf auf Donnerstag 2 Uhr.

Annahme des Wahlpflichtgesetzes im Rechtsausschuß.

Berlin, 31. Jan. Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm heute den von den Deutschnationalen eingebrachten Gesetzentwurf über die Einführung der Wahlpflicht gegen wenige Stimmen an. (W. T. B.)

Hinrichtung des Warschauer Präsidentenmörders.

Warschau, 31. Jan. **Das Todesurteil gegen den Mörder des Staatspräsidenten Narutowicz, Niewiadowski, ist heute vormittag in der Warschauer Zitadelle durch Erschießen vollstreckt worden.** (W. T. B.)

Katzenjammerstimmung in Paris.

Tardieu schreit nach einer gründlichen Aenderung.

Paris, 31. Jan. Tardieu schreibt im „Echo national" über die Lage im Ruhrgebiet: Der Eisenbahnerstreik sei so gut wie allgemein. Der Produktionsstreik sei ein Teilstreik. **Bis jetzt hätten weder die Zahlungsmittel noch die Zwangsmittel sich als wirksam erwiesen. Tardieu verweist darauf, daß eine in Industriefragen höchst kompetente Persönlichkeit, Victor Cambon, der Ansicht sei: das Ruhrgebiet, das für Frankreich tot sei, sei nichtsdestoweniger in seiner östlichen Hälfte recht lebendig im Interesse Deutschlands. Diese Situation müsse, wenn man einen Erfolg erzielen wolle, um jeden Preis gründlich geändert werden.** (W. T. B.)

Das „künstliche Werk Bismarcks" muß zerstört werden.

Paris, 31. Jan. Saint Brice vom „Journal", der in der „Libre Parole" unter einem anderen Pseudonym schreibt, macht die Regierung darauf aufmerksam, daß **man im Ruhrgebiet das Reparationsproblem wirtschaftlich nicht lösen könne.** Die Ruhr könne nicht zugleich Deutschland seinen Lebensunterhalt gewähren und auf eine vernünftige Zeitdauer hinaus mehrere zehn Milliarden Goldmark einbringen. **Es sei ein Betrug, zu behaupten, man wolle aus Deutschland ungeheure Zahlen herausquetschen, ohne daß die Lasten auf mehr als 50 Industriemagnaten abgewälzt werden müßten.** Wenn man Mut habe, so müsse man sich eben klar auf das politische Terrain begeben und das zugeben. Das zu erreichende Ziel werde dann sofort klar. **Es handle sich jetzt vor allem darum, endgültig die Sicherheit Frankreichs dadurch zu gewähren, daß man das künstliche Werk Bismarcks zerstöre.** Es handle sich hier nicht nur nicht darum, Annexionen vorzubereiten, sondern das „Befreiungswerk" zu vollenden. Der Frieden Europas würde dadurch endgültig sichergestellt, und die Verminderung der finanziellen Lasten werde von selbst kommen. (W. T. B.)

Zunehmende Kohlenkalamität in Frankreich.

Paris, 31. Jan. Die unter dem Namen Société des Cokes des Hauts Fourneaux tätige französische Koksverteilungskommission beliefert mit Hilfe der deutschen Kokszufuhr die französischen Werke bis zu 40 bis 50 Prozent ihrer Aufnahmefähigkeit zu Vorzugspreisen. Der Kokspreis bis zu dieser Grenze war für Februar d. J. ursprünglich auf 110 Franken pro Tonne festgesetzt, während die darüberhinausgehende Lieferung mit 155 Franken berechnet werden sollte. Diese Preise sind, wie schon „Journée Industrielle" mitteilt, jetzt annulliert und auf 150 bzw. 200 Frank heraufgesetzt worden. Das gleiche Blatt erfährt aus Lille, daß die Regierung sich mit den Kohlengruben in Nordfrankreich darüber verständigt habe, daß diese, bevor der Bedarf der übrigen Kunden befriedigt werde, die Eisenbahngesellschaften beliefern, vor allem das Nord- und Ostbahnnetz, die bisher ihre Kohle zum größten Teil aus dem Ruhrgebiet erhielten, und die Eisenbahngesellschaft Paris—Orleans. **Die Südbahngesellschaften und die Eisenbahngesellschaft Paris Lyon sind ersucht worden, sich bis zur Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiete ihre Kohle in England zu beschaffen.** Die französischen Kohlengruben sind infolgedessen genötigt, die Lieferungen an ihre früheren Kunden soweit einzuschränken, daß auch diese zum Teil auf Importkohle angewiesen sind. Gießereien der Gegend von Lille müssen sich zurzeit mit 50 bis 60 Prozent ihres bisherigen Bezuges aus den nordfranzösischen Gruben begnügen. (W. T. B.)

Die Bilanz der Ruhrbesetzung für Frankreich.

Paris, 31. Jan. Francis Delaisi führt im „Oeuvre" aus, die Besetzung des Ruhrgebiets habe einen beträchtlichen Sturz des französischen Franken zur Folge gehabt. Am 2. Januar sei das Pfund Sterling in Paris mit 62,86 Franken notiert worden, am 20. Januar mit 70,82. Das sei in drei Wochen eine Hausse um 13 Prozent. Gleichzeitig seien infolge des Mechanismus der Arbitrage, der einen Ausgleich der Wechselkurse auf allen Märkten herbeiführe, ähnliche Haussen in den Währungen aller in die Besetzung des Ruhrgebiets nicht verwickelten Länder eingetreten. Der Dollar habe 12 Prozent, der Schweizer Franken und die Peseten 11 Prozent gewonnen. **Infolgedessen sei der Preis sämtlicher Waren, die Frankreich einführe, um mindestens 10 Prozent gestiegen. Da der Wert der französischen Einfuhr im Durchschnitt zwei Milliarden monatlich betrage, stelle das für die Gesamtheit der Käufer eine monatliche Mehrbelastung von zweihundert Millionen dar, eine wahre Steuer, die auf diese Weise infolge der Entwertung des Franken vom Publikum erhoben werde.** Im „Populaire" zieht der Abgeordnete Léon Blum folgende Bilanz der bisherigen Ergebnisse der Ruhrbesetzung: Unmittelbarer Nutzen: Sinken des Franken, d. h. rasches und sicheres Anwachsen der Kosten für den Lebensunterhalt. Mittelbarer Nutzen: Neue Steuern, sei es die zwanzigprozentige Steuererhöhung oder irgendeine andere fiskalische Kombination. Warum diese neuen Steuern? Wegen des Ruhrgebiets. Was hat das Ruhrgebiet uns bis jetzt mit Sicherheit eingetragen? Neue Steuern! (W. T. B.)

Der Sturz des Franken.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 31. Jan. Der weitere Sturz des französischen Franken beschäftigt die Finanz- und Handelswelt außerordentlich. Das Pfund Sterling wurde heute mit 76 gehandelt. Gleichzeitig setzte die Mark ihren Sturz fort und wurde zeitweilig bis unter 4 gehandelt. Nach Pressemeldungen verfügen internationale Banken über etwa 15 bis 20 Milliarden Franken. Die Blätter hoffen, daß nach Abstoßung dieser Bestände eine Erholung des Frankenkurses zu erwarten sei. Anderseits will man die Geschäftswelt damit trösten, daß man erklärt, daß gleichzeitig mit dem Sturz des Franken die französische Ausfuhrbilanz erhöht wird.

Ein französisch-belgisches Ultimatum?

Paris, 31. Jan. Wie Havas meldet, sei es nicht ausgeschlossen, daß Frankreich und Belgien an die Reichsregierung ein kurzbefristetes Ultimatum richten werden, sofort sämtliche Befehle an die Reichsbeamten im Ruhrgebiet rückgängig zu machen, und diese anzuweisen, der Arbeit der französisch-belgischen „Wirtschaftskommission" im Ruhrgebiete keine Schwierigkeiten zu machen. Im Falle der Ablehnung dieses Ultimatums würde General Degoutte den Auftrag erhalten, die geplanten neuen Zwangsmaßnahmen sofort anzuwenden. Es würde dann sofort die Abschließung des Ruhrgebiets beginnen.

Die Fortsetzung des Gewaltwahnsinns.

Weitere Verhaftungen und Ausweisungen.

Herne, 31. Jan. **Der Oberbürgermeister von Herne, Dr. Sporleder, ist verhaftet worden. Des weiteren hat die französische Besatzungsbehörde den „Herner Anzeiger" wegen einer Lokalnotiz auf vier Tage verboten.** (W. T. B.)

Düsseldorf, 31. Jan. Wie verlautet, ist der Landrat von Cleve Eich von den Besatzungsbehörden verhaftet worden. Ob er ausgewiesen wird, steht zurzeit noch nicht fest. (W. T. B.)

Essen, 31. Jan. Wegen Befolgung des Grubenverbotes des Ministers des Innern wurden bereits mehrere Beamte der hiesigen Polizei festgenommen. Nach Feststellung ihrer Personalien wurden sie wieder entlassen. (W. T. B.)

Belgische Gewaltjustiz in Aachen.

Aachen, 31. Jan. Vor dem hiesigen Kriegsgericht fand heute die Verhandlung gegen mehrere Redakteure wegen Veröffentlichung des Aufrufes zur einhalbstündigen Arbeitsruhe und des Ultimatums der wirtschaftlichen und politischen Organisationen statt. Der Anklagevertreter verlangte Gefängnis- und Geldstrafen. **Das Gericht erkannte auf Geldstrafen.** Lennert-Erkelenz, der am Streik-Montag die Erkelenzer Kirchenglocken geläutet hat, erhielt 8 Tage Gefängnis. Gleichzeitig wurde **eine Anzahl von Studenten wegen Teilnahme an der Arbeitsruhe mit einigen Tagen Gefängnis belegt.** Das Gerichtsgebäude war vor und während der Verhandlung mit Maschinengewehren, einem Panzerauto und Gendarmerie umstellt und besetzt.

Kavalleriesäbel gegen Düsseldorfer Einwohner.

Düsseldorf, 31. Jan. **Heute ist eine französische Kavalleriepatrouille über mehrere Leute, die aus einer Wirtschaft herauskamen, hergefallen, und hat die Ahnungslosen mit Säbeln angegriffen. Dabei hat der Kassierer der städtischen Gaswerke, Koch, eine schwere Verletzung erlitten. Koch ist von der Kavalleriepatrouille mitgenommen und vom Bahnhof aus mit einem Panzerauto weggeschafft worden, wohin, weiß man nicht. Vermutlich ist er ins Gefängnis gebracht worden. Die Franzosen sind ferner dazu übergegangen, sich auf eigene Faust Quartiere zu verschaffen. In einem evangelischen Hospiz haben sie eine Reihe Zimmer beschlagnahmt und die Insassen ausquartiert.** (W. T. B.)

Keine Reparatur französischer Automobile.

Bochum, 31. Jan. Die Arbeiterschaft der Werkzeug- und Autofabrik Lomeg in Bochum hatte beschlossen, die Wiederherstellung reparaturbedürftiger französischer und belgischer Automobile abzulehnen. **Darauf erschien in Bochum ein Bataillon französischer Soldaten mit Maschinengewehren und Tanks. Die Hauptstraßen wurden abgesperrt. An einzelnen Straßenecken wurden Maschinengewehre schußbereit aufgestellt. Darauf besetzten ungefähr 80 französische Soldaten unter Führung eines Offiziers mit aufgepflanztem Seitengewehr die Fabrik.** Der Betriebsrat lehnte abermals die Ausführung der von den Franzosen verlangten Arbeiten ab und legte gegen die gewaltsame Betriebsstörung Verwahrung ein. Die Franzosen versuchen jetzt selbst, jedoch ohne Erfolg, die Wagen fahrbar zu machen.

Das Anwachsen der Streikbewegung.

Ems, 31. Jan. **Der Regierungsrat Bertsch, der an Stelle des Oberregierungsrats Beyer die Leitung des Ausfuhramtes übernommen hatte, ist gestern verhaftet und ausgewiesen worden. Ferner wurden ausgewiesen Zollsekretär Brüse, Zollsekretär Schalder und Referent Wendele. Sämtliche Angestellten, etwa 600, haben die Arbeit niedergelegt. Alle wurden beim Verlassen des Amtes genau untersucht. Auch Maschinengewehre waren aufgefahren. Eine große Menschenmenge hatte sich in der Nähe des Ausfuhramtes angesammelt und empfing die Angestellten mit stürmischem Beifall. Nur zwei weibliche Angestellte haben sich bereiterklärt, weiter zu arbeiten.** (W. T. B.)

Düsseldorf, 31. Jan. Die Zollämter Huberts und Hafen und die dazugehörigen Unterstellen wurden heute von den Franzosen militärisch besetzt. Ferner wurden auch die folgenden Zollämter besetzt: Hauptzollamt Neuß, Zollamt Neuß-Hafen, Hauptzollamt München-Gladbach, Zollamt Krefeld-Hafen, Zollamt Duisburg-Parallelhafen. Sämtliche deutsche Zollbeamte haben den Dienst daraufhin eingestellt, so daß der Betrieb völlig stillgelegt ist. (W. T. B.)

Fortdauer des Poststreiks in Essen.

Essen, 31. Jan. Post und Telegraph arbeiten **noch nicht wieder.** Die Forderungen der Beamten wurden von der Besatzungsbehörde nicht angenommen, weil in der Unterschrift nicht die Namen der einzelnen Führer angegeben sind. **Würden die Führer mit ihren Namen hervortreten, so wäre ihre sofortige Ausweisung unausbleiblich.** (W. T. B.)

Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs um Mainz.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Mainz, 31. Jan. Der gesamte Eisenbahnverkehr ruht seit 2 Uhr völlig. Da auch auf dem Bahnhof Ehrenbreitstein bei Koblenz, welchen die Franzosen besetzt halten, die Arbeiter die Arbeit niederlegten, so ist das Rheinland von jedem Zugverkehr abgeschnitten.

Wiesbaden, 31. Jan. Gestern nachmittag ist der Hauptbahnhof von französischem Militär besetzt worden. Die Züge, die von auswärts noch einlaufen, sind hier nicht mehr weiter geleitet worden. Jeder Verkehr ruht. (W. T. B.)

Die widerspenstigen deutschen Lokomotiven.

Berlin, 31. Jan. Wie aus Duisburg gemeldet wird, will es den französischen Genietruppen und Eisenbahnern nicht gelingen, die Maschinen und Apparate auf dem Bahnhof in Gang zu bringen. Eine Lokomotive nach der anderen versagt den Dienst. Da immer neue Lokomotiven aus dem Bahnhof Bedau geholt wurden, haben die deutschen Eisenbahner die noch unversehrten Lokomotiven ins unbesetzte Gebiet in Sicherheit gebracht.

Die eiserne Mauer der Beamtenschaft.

Dortmund, 31. Jan. Die Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften des Einbruchsgebiets mit 250 000 Mitgliedern erhebt im Verein mit den Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften den schärfsten Einspruch gegen die wahnsinnigen Gewaltmaßnahmen der Franzosen. In der Kundgebung heißt es: Die Haltung der Beamtenschaft ist trotz aller Drohungen und Verhaftungen unerschütterlich treu zum Deutschen Reiche und treu zum deutschen Volke. Der Treueid gehört der deutschen Reichsregierung. **Den Befehlen des Feindes wird nicht gehorcht. Niemals wird es den Eindringlingen gelingen, die Beamtenschaft von diesem Wege abzubringen.** Einig und geschlossen in gemeinsamer Front mit den übrigen Arbeitnehmerverbänden steht die Beamtenschaft hinter ihren Führern. **An dieser eisernen Mauer wird der Angriff des Feindes zerschellen.** (W. T. B.)

Französischer Raub von Gehaltsgeldern.

Berlin, 31. Jan. In Bochum sind, wie die Blätter melden, Verwaltungsbeamten der Schutzpolizei sämtliche Gelder zur Auszahlung der Besoldung für Februar von den Besatzungstruppen abgenommen worden. (W. T. B.)

Mannheim, 31. Jan. Heute morgen sind französische Truppen, die im Schiff von Ludwigshafen gekommen waren, in den Hafen von Mannheim-Mühlau eingedrungen, wo sie einen der Firma Gutjahr in Mannheim gehörigen Schwimmkran „beschlagnahmten" und nach Ludwigshafen schleppten. (W. T. B.)

Der deutsch-französische Notenwechsel.

Berlin, 31. Jan. In fünf Noten hat die französische Regierung der Reichsregierung Vertragsverletzungen vorgeworfen. Dagegen erhebt diese in einer durch den Geschäftsträger in Paris übergebenen Note Einspruch, da das von der französischen Regierung beanstandete Vorgehen der deutschen Behörden unvermeidliche Folgen des von Frankreich durch die Besetzung des Ruhrgebietes begangenen Rechtsbruches sind.